



DIGITALER RECHTSPRECHUNGS-KOMMENTAR MONATSÜBERSICHT APRIL 2021, AUSGABE 119

Exakt und präzise kommentieren renommierte Expertinnen
und Experten die aktuelle Rechtsprechung.

ARBEITSRECHT

Résiliation immédiate

Vincent Carron

Le Tribunal fédéral confirme le licenciement immédiat d'un employé dont le contrat de travail devait prendre fin automatiquement au moment où il devenait actionnaire d'une joint venture. L'employé, mis en garden leave au moment de l'exercice du droit d'acquérir les actions, a fait ensuite traîner de manière abusive les formalités liées au transfert des actions, ce qui maintenait d'autant plus longtemps son contrat de travail en situation de garden leave au détriment de l'employeur. Un tel comportement a été jugé inacceptable, justifiant une résiliation immédiate.

Kommentar zu: Urteil des Bundesgerichts [4A_393/2020](#) vom 27. Januar 2021
Publiziert am 13. April 2021

AUSLÄNDERRECHT

Quittierungsfehler der Post - Anwaltlicher Fehler?

Marco Weiss

Eine eingeschriebene Postsendung gilt ab dem Zeitpunkt als zugestellt, in welchem der Adressat sie tatsächlich in Empfang nimmt. Die empfangsberechtigte Person (bzw. deren Hilfsperson) bestätigt mit ihrer Unterschrift bei der Post, dass sie die erhaltene Sendung tatsächlich entgegengenommen hat: Dies wird auf dem Display des Intermec Mobile Computers der Post quittiert. Dies wirft einerseits die Frage auf, ab wann eine eingeschriebene Postsendung tatsächlich als zugestellt betrachtet werden kann; andererseits ob ein Quittierungsfehler der Post als anwaltliche Sorgfaltspflichtverletzung zu gelten hat.

Kommentar zu: Urteil des Bundesgerichts [2C_583/2020](#) vom 01. Februar 2021
Publiziert am 30. April 2021

Umwandlung der vorläufigen Aufnahme in eine Aufenthaltsbewilligung

Babak Fargahi

Im Urteil des Bundesgerichts [2C_175/2020](#) vom 24. November 2020 (zur Publikation vorgesehen) wird der Anspruch auf Regularisierung gestützt auf das Recht auf Achtung des Privatlebens im Grundsatz anerkannt. An die Voraussetzung der Integration stellt das Bundesgericht indes hohe Anforderungen.

Kommentar zu: Urteil des Bundesgerichts [2C_175/2020](#) vom 24. November 2020, zur Publikation vorgesehen
Publiziert am 26. April 2021

ERBRECHT

Ausschlagungserklärungen gesetzlicher Erben

Stefan Birrer

Schlagen die berufenen gesetzlichen Erben aus und nimmt die (einzige) eingesetzte Erbin die Erbschaft an, handelt es sich beim Entscheid der Behörden, auch von den nachfolgenden gesetzlichen Erben eine Erklärung über die Ausschlagung oder Annahme der Erbschaft einzuholen, um einen Vor- oder Zwischenentscheid, der einer Beschwerde gemäss Art. 93 Abs. 1 BGG unterliegt.

Kommentar zu: Urteil des Bundesgerichts [5A_752/2020](#) vom 06. Januar 2021
Publiziert am 14. April 2021

GRUND- UND MENSCHENRECHTE

Die ETH und das fehlende Wörterbuch

Formale Chancengleichheit und Nachteilsausgleich bei Hochschulprüfungen

Daniela Feller / Karl-Marc Wyss

Laut Bundesgericht verweigerte die ETH Zürich einer Tessiner Studentin in der Prüfung (Physikalische Chemie II) zu Unrecht den Gebrauch eines Deutsch-Italienisch/Italienisch-Deutsch-Wörterbuches und verletzte damit den Grundsatz der Chancengleichheit. Weiter konnte der Bachelorstudentin mit Studienfach Biologie nicht angelastet werden, sie habe den Mangel verspätet geltend gemacht. Das Bundesgericht hiess daher die Beschwerde gut, hob das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts auf und bestätigte den Entscheid der ETH-Rekurskommission.

Kommentar zu: Urteil des Bundesgerichts [2C_769/2019](#) vom 27. Juli 2020, zur Publikation vorgesehen
Publiziert am 26. April 2021

IPR/IZPR UND ARBITRATION

Bundesgericht bestätigt EUR 1.5 Mrd. Schiedsurteil zugunsten von Türkmengaz

Maria Nicole Cleis

Das Bundesgericht bestätigt im Urteil [4A_430/2020](#) seine ständige Rechtsprechung zum Grundsatz *iura novit arbor*, wonach ein Schiedsgericht den Parteien die rechtlichen Grundlagen, auf die es seinen Entscheid zu stützen gedenkt, nicht vorab zur Stellungnahme unterbreiten muss. Eine Ausnahme davon besteht nur, wenn die Erheblichkeit einer nicht plädierten Norm für die Parteien unvorhersehbar ist. Da den Parteien in komplexen Verfahren zugemutet werden darf, sich mit allen möglichen Szenarien auseinanderzusetzen, ist das Schiedsgericht befugt, die Wirksamkeit einer Einrede zu einem anderen als dem von den Parteien plädierten Zeitpunkt zu prüfen.

Kommentar zu: Urteil des Bundesgerichts [4A_430/2020](#) vom 10. Februar 2021
Publiziert am 07. April 2021

KARTELLRECHT

Interoperabilitätsverweigerung gemäss DCC-Urteil des BVGer

Ein faktischer Kontrahierungszwang

Felix Tuchschnid

Das Bundesverwaltungsgericht bestätigt das Vorliegen einer unzulässigen Interoperabilitätsverweigerung der SIX Group in Zusammenhang mit dem Zugang zur Dienstleistung der dynamischen Währungsumrechnung und implementiert bezüglich Schnittstelleninformationen faktisch einen kartellrechtlichen Kontrahierungszwang marktbeherrschender Unternehmen.

Kommentar zu: Urteil des Bundesverwaltungsgerichts [B-831/2011](#) vom 18. Dezember 2018
Publiziert am 27. April 2021

ÖFFENTLICHES WIRTSCHAFTSRECHT

Unabhängigkeit der FINMA-Untersuchungsbeauftragten

Silvan Gehrig

Im Zusammenhang mit der «Beschattungsaffäre» bei der Credit Suisse definiert das Bundesgericht die Anforderungen an die Unabhängigkeit von Untersuchungsbeauftragten im Sinne von Art 24a Abs. 1 FINMAG und legt diese einschränkend aus.



SACHENRECHT

Actio confessoria im Stockwerkeigentum

Passivlegitimation der Stockwerkeigentümer des belasteten Stammgrundstücks als notwendige Streitgenossenschaft

Philipp Eberhard

In seinem Urteil 5A_664/2019 vom 3. Dezember 2020 hält das Bundesgericht fest, dass im Rahmen einer Klage aus dem Recht (actio confessoria) die aktivlegitimierten Dienstbarkeitsberechtigten, welche am Stockwerkeigentum unbeteiligte Dritte sind, gegen die Stockwerkeigentümer des belasteten Stammgrundstücks als notwendige Streitgenossenschaft zu klagen haben.

Kommentar zu: Urteil des Bundesgerichts 5A_664/2019 vom 03. Dezember 2020
Publiziert am 29. April 2021

SOZIALVERSICHERUNGSRECHT

Vorleistungspflicht; Verzinsung der Regressforderung

Benjamin Dubach

Im vorliegenden Urteil hatte das Bundesgericht die Frage nach der Verzinsung der Regressforderung der nach Art. 26 Abs. 4 BVG vorleistungspflichtigen Vorsorgeeinrichtung zu prüfen.

Kommentar zu: Urteil des Bundesgerichts 9C_63/2020 vom 07. Januar 2021, zur Publikation vorgesehen
Publiziert am 27. April 2021

BVG-Organisationsvorschriften; Säule 3a- und Freizügigkeitsstiftung

Benjamin Dubach / Anna-Sophia Spieler

Im vorliegenden Urteil hatte das Bundesgericht die Anwendbarkeit von BVG-Organisationsvorschriften auf Säule 3a- und Freizügigkeitsstiftungen zu prüfen.

Kommentar zu: Urteil des Bundesgerichts 9C_524/2019 vom 30. September 2020, zur Publikation vorgesehen
Publiziert am 27. April 2021

ZIVILPROZESSRECHT

Die Verbindung von Pfand- und Forderungsklage

Eine konstruktive Kritik an der bundesgerichtlichen Praxis zur Zulässigkeit der Häufung der Klagen auf definitive Eintragung eines Bauhandwerkerpfandrechts und auf Zahlung der Werklohnforderung

Matthias Brunner / Philip Carr

Gemäss dem kommentierten Entscheid ist die objektive Häufung der Klage betreffend definitive

Eintragung eines Bauhandwerkerpfandrechts mit der Klage auf Zahlung des Werklohnes unzulässig, wenn für letztere kein Schlichtungsverfahren durchlaufen wurde. Im Rahmen der laufenden Revision der Zivilprozessordnung wird vom Bundesrat eine Anpassung von Art. 198 lit. h ZPO vorgeschlagen, die im kommentierten Fall zu einer Befreiung der Forderungsklage vom Schlichtungsobligatorium geführt hätte. Nach hier vertretener Auffassung hätte das Bundesgericht im kommentierten Fall indes bereits nach geltendem Prozessrecht zu diesem Ergebnis gelangen können.

Kommentar zu: Urteil des Bundesgerichts [4A_368/2020](#) vom 09. Februar 2021
Publiziert am 30. April 2021

Die aktuellsten juristischen Neuigkeiten werden Ihnen in den
Blogs kompakt zusammengefasst.

ANWALTS- UND NOTARRECHT

Offenlegung von Vergleichsvorschlägen, Verletzung von Art. 12 lit. a BGFA
Martin Rauber

ARBEITSRECHT

Übernahme der Anwaltskosten durch Arbeitgeber aufgrund der Fürsorgepflicht
Nicolas Facincani

Leiterunfall beim Kirschenpflücken - Fürsorgepflichtverletzung
Nicolas Facincani

BAU- UND IMMOBILIENRECHT

Ersatzbauvorhaben in der Gemeinde Malans / Qualifikation einer Grünzone als Nichtbauzone
Fabian Klaber

Deponiestandort Tägernauer Holz / Missachtung der Mitwirkungsrechte im
Richtplanungsverfahren
Fabian Klaber

DATENSCHUTZRECHT

Schadenersatz für Auskünfte an die NZZ?
Dominik Kawa

Enger «Übermittlungsfehler» im AIAG
Dominik Kawa

Kein Vertraulichkeitsvorbehalt beim Swisscom-Datenleck
Dominik Kawa



SMART LEGAL CLOUD

DIE JURISTISCHE
ARBEITSUMGEBUNG
IN DER CLOUD

FAMILIEN- UND PERSONENRECHT

Contribution d'entretien de l'enfant : une uniformisation de la méthode de calcul

Camille de Salis

Contributions d'entretien : précisions sur l'art. 125 CC

Camille de Salis

IMMATERIALGÜTERRECHT

QR-CODE

Nicolas Guyot

IPR/IZPR UND ARBITRATION

Tribunal's refusal to revisit jurisdiction after Achmea

Elliott Geisinger / Anne-Carole Cremades

KARTELLRECHT

Preiseempfehlungen; Begriff der abgestimmten Verhaltensweisen

Martin Rauber

Einvernahme ehemaliger Organe in Kartellsanktionsverfahren als Zeugen

Martin Rauber

SACHENRECHT

La notion d'établissement stable au sens de la LFAIE

Marie-Hélène Peter-Spiess

SOZIALVERSICHERUNGSRECHT

Le lien de causalité entre l'accident de travail et les troubles psychiques

Marion Chautard



STRAFRECHT

Les limites au prononcé d'une peine privative de liberté en cas de rupture de ban (art. 291 CP)
Camilla Jacquemoud

Le trafic de stupéfiants par métier en cas de commission en bande (art. 19 al. 2 let. b et c LStup)
Marie-Hélène Peter-Spiess

VERTRAGSRECHT

Désignation imprécise du donneur d'ordre
Marie de Gottrau

La contestation tardive d'opérations bancaires
Célian Hirsch

ZIVILPROZESSRECHT

Beginn der neuen Verjährung bei Abschluss des Rechtstreits vor der befassen Instanz
Martin Rauber

Rechtskraft bei rein betragsmässig beschränkten Teilklagen
Martin Rauber

Anforderungen an die Begründung des Antrags auf Zulassung einer Streitverkündungsklage
Martin Rauber

EDITIONS WEBLAW

Der dRSK umfasst Rechtsprechungskommentare von über 100 Spezialisten auf mehr als 30 Rechtsgebieten. Die Expertenkommentierungen durchlaufen ein internes Peer Review anhand einer renommierten Redaktion, welches einen hohen Qualitätsstandard gewährleistet.

Neben den Expertenkommentierungen sind im dRSK Blog-Beiträge enthalten. Für die Inhalte dieser Beiträge zeichnen die Verfasser und Inhaber der Blogs verantwortlich - [Liste der Blogs](#)

Der dRSK wird separat und als Teil des Informations- und Rechercheportals Push-Service Entscheide angeboten. Die Besprechungen sind über einen Zitiervorschlag und Randziffern zitierfähig.

Statistik:

Abonnentinnen und Abonnenten "digitaler Rechtsprechungs-Kommentar (dRSK)": 9225

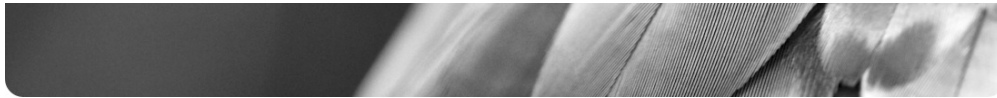
Information und Impressum:
info@weblaw.ch | T +41 31 380 57 77

ISSN 1663-9995. Editions Weblaw.

Abmeldungen und Adress-Änderungen: Login unter <https://register.weblaw.ch>. Unter dem Navigationspunkt «Profildaten bearbeiten» und folgend «E-Mail Adressen» können Sie die Monatsübersicht zum dRSK abbestellen bzw. Adress-Änderungen vornehmen.

Bitte antworten Sie nicht auf diese E-Mail, sondern benutzen Sie die oben erwähnten Kontaktinformationen.

<https://drsk.weblaw.ch>



Weblaw AG | Schwarztorstrasse 22 | 3007 Bern
T +41 31 380 57 77 | F +41 31 380 57 78 | info@weblaw.ch

